Der Corona-Schock hat die Weltwirtschaft massiv erschüttert. Dort, wo sich eine Normalisierung des Infektionsgeschehens abzeichnet, wollen alle so schnell wie möglich zurück zur Normalität – ganz besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch gibt es die ökonomische Normalität von vor der Krise nicht mehr. Zu stark waren die Erschütterungen, als dass die Wirtschaft nach der Krise die Wirtschaft sein könnte, die wir vorher kannten. Jetzt kommt es darauf an, keine neuen gravierenden Fehler zu machen, die in Deutschland, Europa und der ganzen Welt die wirtschaftliche Entwicklung auf Jahre hinaus schädigen könnten, schreiben **Friederike Spiecker, Stefan Dudey und Heiner Flassbeck** in ihrem „Atlas der Weltwirtschaft 2020/21 – Zahlen, Fakten und Analysen zur globalisierten Ökonomie“. Ein Auszug.

In den USA kann man derzeit ein Lehrstück in Sachen falscher wirtschaftspolitischer Weichenstellungen miterleben. Die Unternehmen beginnen nämlich, die Löhne der Mitarbeiter zu kürzen, weil die Arbeitslosigkeit hoch ist und sich Arbeiter in existenzieller Not gegenseitig herunterkonkurrieren. Das ist fatal, weil die amerikanische Wirtschaft mehr als irgendeine andere auf Konsum angewiesen ist. Eine Kürzung der Löhne führt unmittelbar zu einem Konsumrückgang, der die Unternehmen insgesamt schädigt. Wird aus der Lohnkürzung ein Massenphänomen – und wer wollte das bei »frei« entscheidenden Unternehmen verhindern? –, sind die Lohnkürzungen der direkte Weg in die Deflation und eine wirklich kaum noch zu beherrschende Krise. Im Kapitel »Preise« gehen wir auf die Gründe ein, warum ein insgesamt fallendes Preisniveau so gefährlich ist.

Dieses einzelwirtschaftlich durchaus verständliche Verhalten der Unternehmen ist genau das, was in der großen Depression der 1930er-Jahre in vielen Ländern einschließlich Deutschlands die gesamtwirtschaftliche Krise dramatisch verschärfte: Die Deflation wurde dabei durch den Teufelskreis angetrieben, dass immer höhere Arbeitslosigkeit immer mehr Lohnkürzungen zur Folge hatte. Es ist mehr als tragisch, dass fast 100 Jahre später dieser brisante Zusammenhang offenbar noch immer nicht so verstanden wird, dass rechtzeitig eine klare wirtschaftspolitische Gegenstrategie entwickelt wird (siehe Info-Grafik).

Auch in Deutschland besteht bis weit in die Gewerkschaften hinein die Neigung, wegen der schwierigen Wirtschaftslage Lohnforderungen zu reduzieren. In manchen Branchen wie der Luftfahrtindustrie stehen sogar Lohnkürzungen auf dem Programm. In der Bauwirtschaft, die von den Corona-Maßnahmen kaum betroffen war, ist ein Schlichtungsergebnis für die Tarifverhandlungen mit einem Zuwachs von 2,6 Prozent vorgelegt worden. Das ist gemessen am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätstrend und der Zielinflationsrate von 2 Prozent zu wenig. Was soll erst in Lohnverhandlungen bei Branchen herauskommen, die von der Krise durchgeschüttelt wurden? Es steht zu befürchten, dass

auch hierzulande die Rolle der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung für die Krisenbekämpfung nicht nur unterschätzt, sondern regelrecht missverstanden wird. Es darf nicht um Lohnzurückhaltung gehen, sondern es muss im Gegenteil um die Verhinderung einer Lohndeflation gehen.

Wenn Unternehmen kräftig auf die Kosten- und damit vor allem auf die Lohnbremse treten, vermindern sie dadurch immer sofort und unmittelbar die Erträge anderer Unternehmen. Jede Einsparung einer Vorleistung bedeutet einen Verlust von Nachfrage und Ertrag bei einem anderen Unternehmen. Genauso reduziert jeder eingesparte Lohn-Euro anderswo Nachfrage und Ertrag, sieht man von der Möglichkeit ab, dass der Lohnempfänger weniger spart, um sein Nachfrageniveau trotz Lohneinbuße aufrechtzuerhalten. Dieses Verhalten ist aber bei der Masse der Lohneinkommensbezieher wenig wahrscheinlich in einer Welt gestiegener Unsicherheit und zunehmender Zukunftsängste.

Die von den Sparmaßnahmen negativ betroffenen Unternehmen tendieren dazu, ihrerseits das Gleiche zu tun, weil auch sie Verluste fürchten. So kommt es zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale. Die Unternehmen schaufeln sich – genau wie sich gegenseitig nach unten konkurrierende Arbeitnehmer – mit der Kostensenkung gemeinsam ihr eigenes Grab, wenn nicht wenigstens ein mächtiger Akteur ein Gegengewicht schafft. Dieser Akteur, der auch dann seine Ausgaben nicht kürzt (sondern besser noch erhöht), wenn er selbst von Kürzungen der anderen Akteure betroffen ist, kann nur der Staat sein.

Ein aufgeklärter Staat kann natürlich schon lange, bevor eine deflationäre Situation eintritt, einschreiten und versuchen, die Unternehmen von Kostensenkungen und die Arbeitnehmer von gegenseitigem Niederkonkurrieren abzuhalten. Insbesondere in der heutigen Situation, in der dem Staat das einfache Mittel der Wirtschaftsanregung durch Zinssenkungen nicht mehr zur Verfügung steht, dürfen auch andere Interventionen nicht von vornherein tabu sein. Der Staat kann bei Lohnabschlüssen im öffentlichen Dienst mit gutem Vorbild vorangehen, also vernünftige Lohnsteigerungen als Anti-Deflationssignal vereinbaren. Er kann zusätzlich für den Rest der Wirtschaft eine Lohnvorgabe machen, die den Unternehmen untersagt, die Löhne in der Krise in irgendeiner Weise nach unten anzupassen. Der Staat darf ein Unternehmen allerdings nicht gleichzeitig daran hindern, sein Personal zu verringern, wenn dem Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht.

Der Staat kann durch direkte staatliche Nachfrage die Lage für alle Unternehmen bis zu einem gewissen Grad verbessern und tut das in Deutschland derzeit auch. Doch es gibt Grenzen des Machbaren. Einerseits kann der Staat nicht wirklich alle Bereiche der Volkswirtschaft bedienen, sondern ist extrem baulastig, weil er sich auf die öffentliche Infrastruktur konzentriert. Andererseits ist der Staat gerade im Baubereich oft nicht zu

schnellem Handeln in der Lage, um einen tiefen Einbruch rechtzeitig abzufangen – Infrastrukturprojekte erfordern in der Regel langfristige und langwierige Planung. Aus diesem Dilemma gibt es aber einen Ausweg: Der Staat kann all denen, die in einer solchen Krise arbeitslos werden, eine großzügige Lohnersatzleistung, also Arbeitslosengeld, in vernünftiger Höhe zahlen.

Ersetzte der Staat allen Arbeitslosen zwei Jahre lang 70 Prozent bis 80 Prozent ihres letzten Verdienstes, erleichterte er einerseits die Lohnverhandlungen, die nicht so einfach in deflationäres Fahrwasser gerieten. Andererseits würde der Staat auf diese Weise besser als mit jeder anderen Maßnahme die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so stützen, dass sie sich nicht ganz so rapide veränderte und damit vorhandene Produktionsstrukturen schlagartig stark unterausgelastet wären, was weitere Arbeitslosigkeit nach sich zöge. Man kann nämlich vorhandene Produktionsstrukturen nicht friktionslos durch neue ersetzen – weder den »Maschinenpark« noch die Arbeitskräfte mit ihrem Know-how. Jeder Umstrukturierungsprozess braucht Zeit und wird in der Regel von Arbeitslosigkeit begleitet. Arbeitnehmern wird dabei hohe räumliche Mobilität und hohe Flexibilität hinsichtlich ihrer Anpassungsfähigkeit bei Qualifikation und Berufsfeld abverlangt. Diese Veränderungen so gut wie möglich abzufedern, ohne sie zu verhindern, ist generell Aufgabe des Staates und erst recht in diesen Zeiten.

Ohne Weiteres umsetzbar ist diese Lösung in allen großen, relativ geschlossenen Wirtschaftsräumen. Insbesondere für die USA mit ihrem Exportanteil von unter 15 Prozent kommt es entscheidend auf die Binnennachfrage an, die sich durch eine großzügige Arbeitslosenversicherung stabilisieren ließe. Auch für die Eurozone insgesamt, wo die Exporte etwa 20 Prozent des BIP erreichen, kann eine solche Maßnahme massive Arbeitsmarktprobleme verhindern und so den Auf- und Umbauprozess nach der Corona-Krise fördern.

Viel schwieriger ist es aber in Deutschland, wo der Export einen Anteil von über 45 Prozent am BIP hat. Die deutsche Produktions- und Nachfragestruktur ist angesichts der massiven Verwerfungen bei Einkommen und Gewinnen, die der Schock weltweit nach sich zieht, nicht zukunftsfähig. In Deutschland sind mehr als in jedem anderen vergleichbaren Land Millionen Jobs wegen der Exportlastigkeit der Wirtschaft gefährdet. Die hiesigen Strukturen durch Lohnzurückhaltung wie zu Beginn des Jahrhunderts ein zweites Mal retten zu wollen, hieße, die seit vielen Jahren herrschenden Handelsungleichgewichte beibehalten oder gar ausbauen zu wollen. Das wird weder ökonomisch noch politisch bei unseren Handelspartnern durchzusetzen sein. Umso wichtiger ist es, dass der Staat die unausweichliche Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft hin zu mehr Binnennachfrage aktiv begleitet und sich nicht scheut, dafür umfangreich Schulden aufzunehmen.

Doch genau bei diesem zweiten großen Thema der Wirtschaftspolitik nach Corona, den öffentlichen Schulden, drohen wirtschaftspolitische Weichenstellungen, die verhindern, dass sich die Wirtschaft rasch erholen und wieder neue Arbeitsplätze schaffen kann. Die Diskussion um die zügige Tilgung aller 2020 und 2021 wegen der Krise zusätzlich aufgenommenen Kredite zeigt, wie unverstanden der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang beim Thema Schulden noch immer ist, den wir im Kapitel »Sparen und Verschulden« erklären.

Wichtig ist es, sich gerade in einer Zeit massiver Umbrüche mit den grundlegenden gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen auf nationaler und internationaler Ebene zu befassen. Nur so kann man die Steuerungsaufgaben und Steuerungsmöglichkeiten des einzelnen Staates und der Staatengemeinschaft in puncto Wirtschaft erkennen. Dass diese Möglichkeiten gerade zur Bewältigung der Corona-Krise intelligent genutzt werden, ist Aufgabe der Politik. Das von ihr einzufordern, ist Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger.

Lesetipp: Friederike Spiecker, Stefan Dudey, Heiner Flassbeck: „Atlas der Weltwirtschaft 2020/21 – Zahlen, Fakten und Analysen zur globalisierten Ökonomie“, 124 Seiten, durchgängig vierfarbig illustriert, Westend Verlag, 9.11.2020